

Bericht

Regionale Patientenforen 2024

Wer will was warum?

Interessen in der kommunalen Gesundheitspolitik

Einleitung

Seit 2022 lädt die Koordinierungs- und Vernetzungsstelle der Patientenbeteiligung in NRW zu Regionalen Patientenforen ein, auf denen sich kommunale Patientenvertreter*innen zu ihren Themen austauschen und vernetzen können. Zur kommunalen Patientenvertretung zählen alle, die sich politisch für Nutzerinteressen im Gesundheitswesen einsetzen, zum Beispiel die Selbsthilfe-Kontaktstellen und Selbsthilfe-Aktive, Patientenberatungsstellen, Senioren- und Inklusionsvertretungen, Engagierte in den Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften, Patientenfürsprechende, Sozialverbände und viele mehr.



Patientenforum Düsseldorf

2024 wurden, wie schon im Jahr zuvor, für jeden Regierungsbezirk in NRW ein Patientenforum in Präsenz und eine digitale Variante umgesetzt. Der hier vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse der insgesamt zehn Treffen zusammen, die im Mai und Juni in Präsenz in Köln, Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf und Münster und digital im August und September stattfanden und an denen mehr als 130 Patientenvertreter*innen teilgenommen haben. Schwerpunkt der Patientenforen in Präsenz bildete ein Planspiel, bei dem die

Teilnehmenden die Rollen verschiedener Akteur*innen aus dem kommunalen Gesundheitswesen übernahmen, um sich mit den verschiedenen Interessen in der kommunalen Gesundheitspolitik auseinanderzusetzen. Die digitalen Patientenforen waren wiederum dem Austausch zu kommunalen und landes- und bundespolitischen Themen gewidmet.

Patientenforen - Präsenz

Zu welchem Thema würde ich auf die Straße gehen?

Zur Eröffnung der fünf Patientenforen im Mai und Juni stellten sich die Teilnehmenden jeweils vor. Dabei sollten sie auch die Frage beantworten, zu welchem Missstand im Gesundheitswesen sie sich vorstellen könnten, derzeit auf die Straße zu gehen und demonstrieren. Viele Teilnehmende problematisierten dabei den Mangel an Therapeut*innen und Ärzt*innen und die damit verbundenen langen Wartezeiten – sowohl auf einen Termin als auch in den Praxen. Versorgungseinrichtungen seien „verstopft“, was auch daran liege, dass es viel Diagnostik und Vorsorgeuntersuchungen gebe. Mehr Prävention außerhalb der Praxen könnte die Versorgungseinrichtungen entlasten. Auch der Pflegenotstand motiviere, sich politisch zu beteiligen; die Lage sei insbesondere für Alleinstehende überfordernd. Im Falle der Pflege müsste in Krankenhäusern zudem sichergestellt werden, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen stattfinden. Auch müsste über bestimmte Krankheitsbilder sowohl die Ärzteschaft als auch die Öffentlichkeit besser informiert werden. Ein Anlass, eine Demonstration zu organisieren, sei auch die soziale Ungleichheit im Gesundheitswesen, zum Beispiel im Falle der kinderärztlichen Versorgung in

unterprivilegierten Stadtteilen, sowie Unterschiede zwischen Kassen- und Privatpatient*innen.



Patientenforum Bielefeld

Daher müssen man für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen auf die Straße gehen. Privatisierungstendenzen, wie zum Beispiele im Falle der Terminvergabe durch Doctolib, müssten unterbunden werden. Diese äußern sich ebenfalls in den kritisch betrachteten investorengeführten Medizinischen Versorgungszentren. Viele Teilnehmende beschäftigt auch die Krankenhausreform in NRW und auf Bundesebene. Einige der Patientenvertreter*innen würden dafür demonstrieren wollen, die Versorgungsstrukturen im Rahmen der Reform sicherzustellen und nicht nur im Rahmen der Reform für Transparenz und Einbindung der Patient*innen zu sorgen. Auch möchten die Teilnehmenden Kürzungen

im Gesundheits- und Sozialwesen verhindern, die sich zunehmend politisch andeuten. Ärzt*innen müssten zudem stärker auf die Bedürfnisse der Patient*innen und für den Umgang mit ihnen psychologisch geschult werden. Einige Teilnehmende würden sich auch mit der Klimabewegung zusammentun, um gemeinsam auf die Gesundheitsrisiken durch den Klimawandel aufmerksam zu machen – während andere nicht demonstrieren wollten, weil Demonstrationen aus ihrer Sicht nicht erfolgversprechend seien oder der barrierefreie Zugang nicht immer gewährleistet sei.



Patientenforum Dortmund

Netzwerk-Speeddating: Zukunftsthemen der Patientenvertretung

Wie auch schon im vergangenen Jahr wurden die Teilnehmenden im Rahmen eines Netzwerk-Speeddatings dazu eingeladen, sich untereinander besser kennenzulernen. Hierbei führten die Teilnehmenden vier Gespräche à fünf Minuten mit einzelnen anderen Teilnehmenden. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie das kommunale Gesundheitswesen von morgen – sowohl hinsichtlich seiner Risiken als auch Chancen – aussehen wird. Auch konnten die anwesenden Patientenvertreter*innen darüber diskutieren, welche Rolle die Patientenvertretung in Zukunft bei der Bearbeitung der Themen haben könnte.

Unter anderem identifizierten die Teilnehmenden die Digitalisierung sowie die Rolle der Künstlichen Intelligenz im Gesundheitswesen als Zukunftsthema. So gingen die Teilnehmenden in Bielefeld beispielsweise davon aus, dass es in Zukunft mehr digitale Sprechstunden geben wird. Idealerweise bedeutet die Digitalisierung weniger Bürokratie für Patient*innen und Versorger*innen. Es wird erwartet, dass die Digitalisierung dabei hilft, Daten zur Versorgung transparent zu machen.



Patientenforum Köln

Gleichzeitig befürchteten einige Teilnehmende, dass es deutlich mehr Engpässe in der Versorgung geben wird, bedingt durch den demographischen Wandel, der sich sowohl beim Personal als auch den Patient*innen äußere. Die Versorgung und dabei die Würde des Menschen müsse jedoch sichergestellt werden. Daher müsste Gesundheit auch ganzheitlich gedacht und gesellschaftliche Aspekte in die Prävention mit eingebunden werden, um das Gesundheitssystem zu entlasten. Selbsthilfe und Versorgende müssen in Zukunft besser zusammenarbeiten, um eine ganzheitliche Versorgung sicherzustellen. Hierzu gehöre auch eine hochwertige Nachsorge unter Einsatz von Genesungsbegleitungen. Spezialisierung in der Versorgung und Zusammenfassungen von Einrichtungen müssten vernünftig aufeinander abgestimmt sein. Wichtig sei aufgrund einer bunter werdenden Bevölkerung, in Zukunft Versorgung ohne jegliche Diskriminierungen zu gestalten. Beispielsweise hätten einige

Migrantengruppen spezielle religiöse Bedürfnisse. Hierbei wichtig sei auch, bisher inaktive Bevölkerungsgruppen in die Patientenvertretung mit einzubeziehen. Auch müssten jüngere Menschen besser eingebunden werden, bei denen die Zunahme psychischer Erkrankungen zu beobachten sei. Deren drängendes Thema, der Klimawandel, betreffe jedoch auch andere Bevölkerungsschichten.

Das Gesundheitswesen von morgen soll laut Teilnehmenden gemeinwohlorientiert sein. So sprachen sich einige Teilnehmende für die Bürgerversicherung zur Beendigung des Zwei-Klassen-Systems aus. Gewinnorientierung soll auf ein Minimum beschränkt werden.

Die Teilnehmenden aller fünf Patientenforen wünschten sich bessere Beteiligungskanäle im Gesundheitswesen.



Patientenforum Münster

Planspiel: Seelische Gesundheit stärken!

Den Mittelpunkt der diesjährigen Patientenforen in Präsenz bildete ein Planspiel, bei dem die Teilnehmenden die Rollen von gesundheitspolitischen Akteuren übernahmen und sich so mit den verschiedenen Interessen und Konstellationen in der kommunalen Gesundheitspolitik auseinandersetzen konnten. Hierfür simulierten die Teilnehmenden eine fiktive Sitzung der AG Psychische Gesundheit der Kommunalen Gesundheitskonferenz von

Gesundbrunnenstadt. In der AG-Sitzung konnten die Teilnehmenden für ihre Rollen passende Perspektiven entwickeln, um diese dann anschließend in der Sitzung der AG zu diskutieren.

Im sogenannten Szenario wurden Rahmenbedingungen formuliert: So kämpft auch die fiktive Kommune Gesundbrunnenstadt mit den Herausforderungen des Ärztemangels, es gibt lange Wartezeiten für Psychotherapieplätze, entsprechende Praxen sind zudem nur in wohlhabenderen Stadtteilen niedergelassen. Gleichzeitig nehmen in der Kommune psychische Erkrankungen zu. Die AG sollte daher idealerweise Maßnahmen beschließen, die das Aufkommen von psychischen Erkrankungen verhindern und im Falle von Erkrankungen Unterstützungsstrukturen sicherstellen.

Die Teilnehmenden übernahmen folgende Rollen:

- Sprecher*in der Selbsthilfegruppen
- Mitarbeiter*in der Selbsthilfe-Kontaktstelle
- Vertretung der Kassenärztlichen Vereinigung
- Vertretung der Psychotherapeutenkammer NRW
- Vertretung der Gesetzlichen Krankenversicherung
- Geschäftsführung des Krankenhauses Gesundbrunnenstadt
- Mitarbeiter*in der unabhängigen Patientenberatungsstelle
- Vertretung des Paritas-Wohlfahrtsverbandes
- Sprecher*in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft
- Vertretung des Senioren- und Inklusionsbeirats
- Stadtverwaltung/Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz
- Mitglied des Gesundheitsausschusses

In den insgesamt fünf Planspielen entwickelten die Teilnehmenden in ihren Rollen konstruktive Vorschläge. In Bielefeld und Köln wurde beispielsweise vorgeschlagen, Unternehmen in die Versorgungsplanung einzubinden, da diese ebenfalls durch den hohen Krankenstand betroffen seien und umgekehrt viele psychische Erkrankungen mit dem Arbeitsumfeld zu tun hätten. Eine Woche zur seelischen Gesundheit könnte zudem auf die Thematik aufmerksam

machen. In Düsseldorf stimmten die Teilnehmenden im Rahmen des Planspiels der Entwicklung eines Konzeptes zu, das Maßnahmen konkretisieren soll. In Köln diskutierten die Mitglieder der fiktiven AG den Start einer Fortbildungsreihe zu psychischen Erkrankungen, während in Dortmund u.a. die Beschaffung von Fördermitteln und die Schaffung einer Institutsambulanz (PIA) erörtert wurden. In allen Planspielen wurden eine verbesserte Gesundheitsberichterstattung und adäquate Räumlichkeiten für präventive Maßnahmen gewünscht. Auch sei es wichtig, die soziale Ungleichheit zu beseitigen, um Ungleichheiten in der Versorgung zu minimieren.

In den fünf Planspielen kristallisierte sich heraus, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Psychotherapeutenkammer sowie die Gesetzliche Krankenversicherung in ihrer Rolle als Leistungserbringer bzw. Kostenträger wichtig sind, um Vorhaben zu finanzieren bzw. umzusetzen, die jedoch häufig Mehrausgaben und weitere Arbeitsbelastungen ablehnen. Zugleich sei auch der Kontakt zu Politik wichtig, um Vorhaben zu realisieren oder auch staatliche Finanzierungsmodelle zu nutzen. Die Teilnehmenden nahmen zudem für sich mit, dass manche Akteure Positionen vertreten müssen, die sie ggf. persönlich gar nicht unterstützen, jedoch institutionell vorgegeben sind. Auch wurde sichtbar, dass professionelle Akteure häufig über bessere Netzwerke und Wissen verfügen als ehrenamtlich Engagierte. Dies solle jedoch nicht davor abschrecken, seine Meinung zu sagen, wie es ein Teilnehmer in Münster festhielt: „Man hat nichts zu verlieren.“

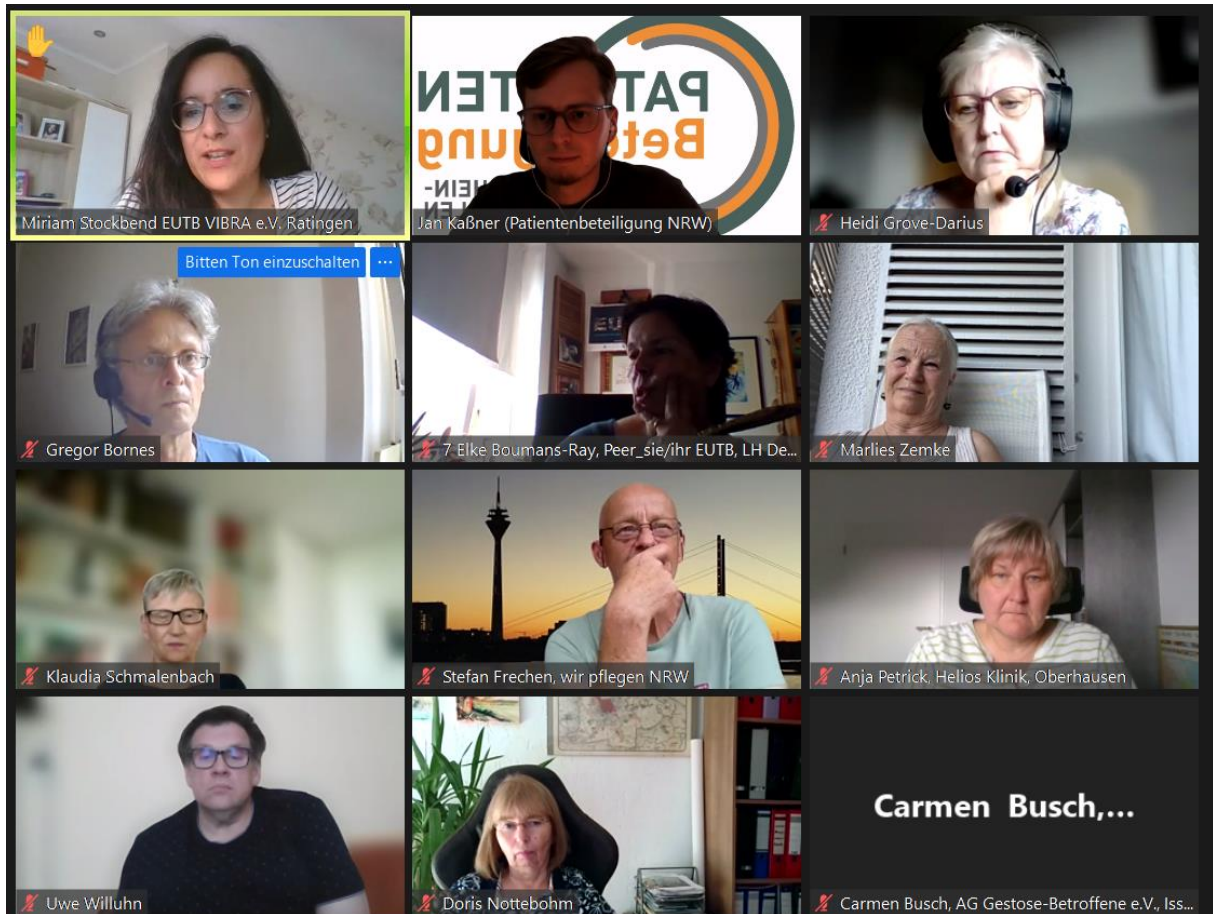
Insgesamt konnte durch das Planspiel das Bewusstsein für Diskussionen in Gremien geschärft werden. Durch die Reflexion entstanden neue Ideen, wie man sich aus Sitzungen vorbereiten kann und wen man vielleicht außerhalb der Sitzung ansprechen müsste, um in der Sitzung erfolgreicher zu sein. Auch der Respekt vor Sitzungen und die Scheu, etwas aus eigener Sicht zu äußern, konnte verringert werden.

Digitale Patientenforen

Die digitalen Patientenforen dienen insbesondere dem Erfahrungsaustausch sowie der Vermittlung von Neuigkeiten aus der Gesundheitspolitik, die für das kommunale Engagement relevant sind. Hierfür stellte die Projektstelle verschiedene Themen zur Auswahl, über die

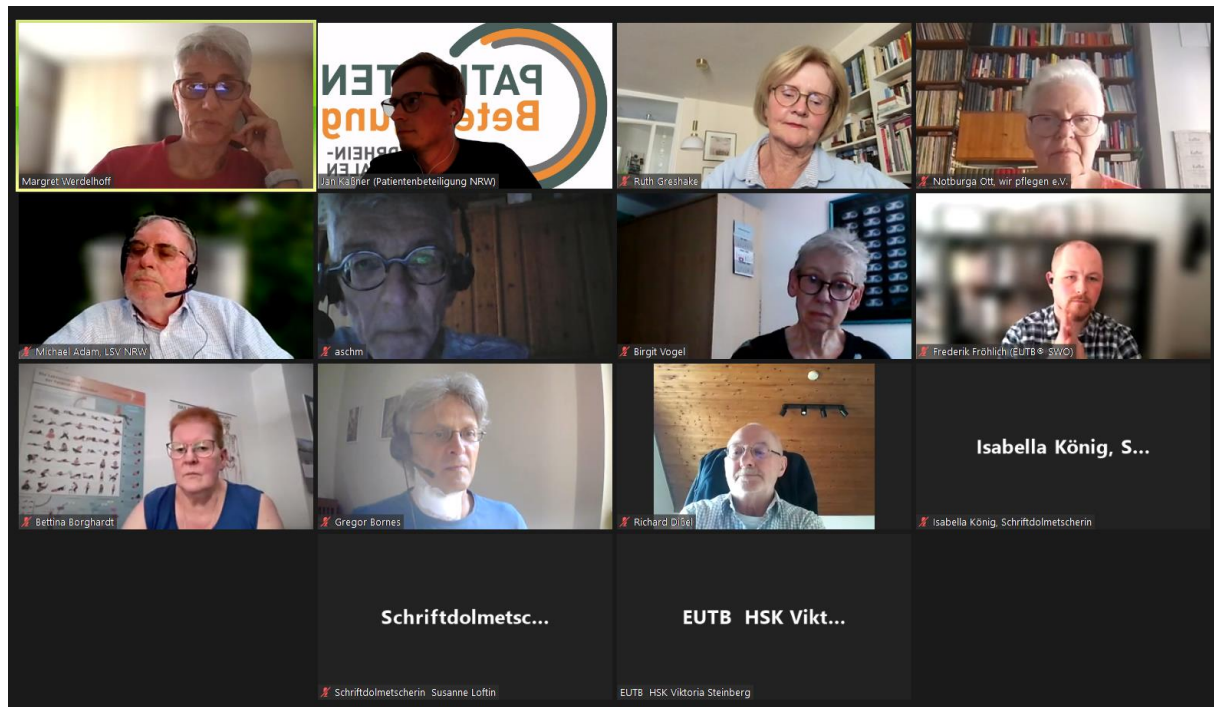
berichtet werden konnte. Je nach Interessen der Teilnehmendenrunde wurde so über den aktuellen Stand zum Gesundheitsversorgungstärkungsgesetz, die Krankenhausreform in NRW und im Bund, die Unabhängige Patientenberatung Deutschland, die elektronischen Patientenakte, den Bundesklinikatlas, die Barrierefreiheit in der ambulanten Versorgung, den Landespsychiatrieplan sowie die Tätigkeiten der Patientenvertretung referiert. Die verschiedenen Schwerpunkte gaben Impulse für die spätere Diskussion.

Die Teilnehmenden des Patientenforums für den Regierungsbezirk Düsseldorf nahmen den Input zur Krankenhausreform in NRW und auf Bundesebene zum Anlass, die trotz Reform bestehende Gewinnorientierung des Gesundheitswesens zu kritisieren. Auch bemängelten die Teilnehmenden, dass das Risiko von Krankenhausschließungen insbesondere ein Risiko für Angehörige seien, die für den Besuch ihrer Verwandten im Krankenhaus weitere Wege in Kauf nehmen müssten. Patientenbefragungen sollten bei der Evaluation der Reform eingeplant werden, um die Zufriedenheit der Patient*innen mit der weitreichenden Strukturreform zu messen.



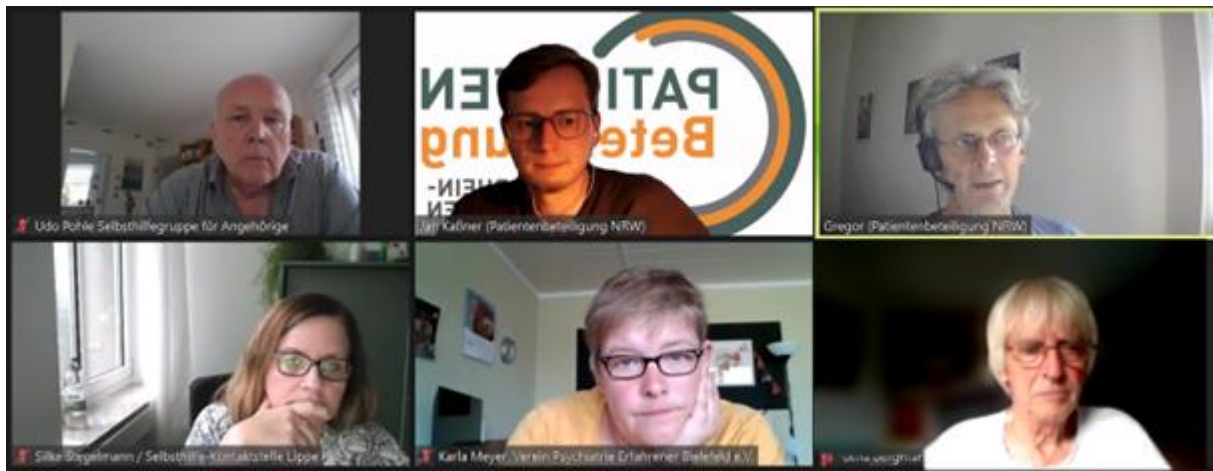
Digitales Patientenforum Düsseldorf

Die Teilnehmenden des Patientenforums für den Regierungsbezirk Arnsberg bemängelten mit Blick auf die Krankenhausreform, dass Barrierefreiheit dort nur am Rande als Thema auftauche. In Münster befürworteten die Teilnehmenden, dass die Ambulantisierung gestärkt werden müsse, um eventuelle Schließungen von Krankenhäusern aufzufangen. Kritisch bleibe, dass die Mittel des Transformationsfonds nicht vollständig abgesichert seien, um Krankenhäuser bei der Reform zu unterstützen.



Digitales Patientenforum Arnsberg

Beim Patientenforum für den Regierungsbezirk Detmold diskutierten die Teilnehmenden auf Grundlage des priorisierten Inputs zur Fortschreibung des Landespsychiatrieplans in NRW die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungssituation. Die Patientenvertreter*innen berichteten von guten Erfahrungen mit Trialogen, bei denen psychiatrische Kliniken, Betroffene und Angehörige gemeinsam die Versorgung vor Ort in der psychiatrischen Versorgung verbesserten. Neben langen Wartezeiten für eine Psychotherapie kritisierten die Teilnehmenden, dass häufig auch das Kostenerstattungsverfahren nicht funktioniere, weil die Gesetzliche Krankenversicherung viele Anträge nicht genehmige. Damit verbunden würden – aufgrund der langen Wartezeiten – viele Patient*innen private Praxen aufsuchen, für deren Therapie sie selbst aufkommen müssten. Außerdem sei ein Problem, dass Psychotherapeut*innen selbst entscheiden würden, welche Patient*innen sie annehmen, sodass möglicherweise leichte Fälle eher behandelt würden. Das derzeit auf Bundesebene diskutierte Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz sehe Verbesserungen in der psychotherapeutischen Versorgung vor; bis diese wirkten, werde jedoch noch viel Zeit vergehen.

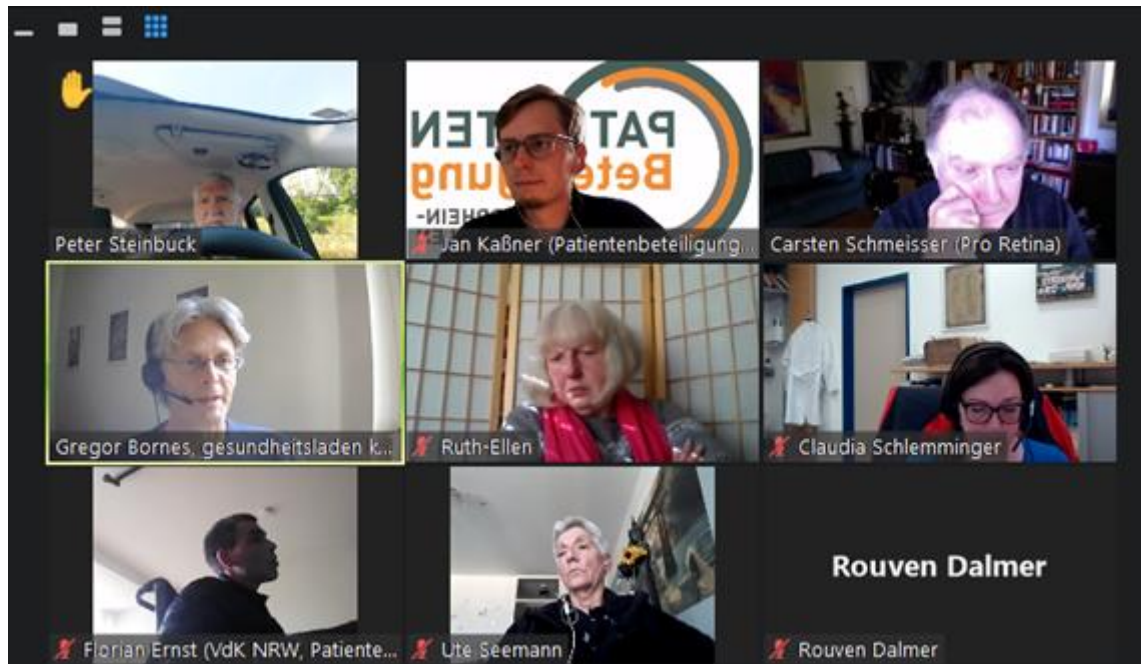


Digitales Patientenforum Detmold

Ein Krankheitsbild, das derzeit häufig fälschlicherweise mit psychischen Erkrankungen in Verbindung gebracht werde, sei Long Covid. Betroffene würden von vielen Ärzt*innen nicht ernstgenommen. Statt sich diagnostisch mit den Symptomen der Betroffenen auseinanderzusetzen, würden viele Ärzt*innen mit Verweis auf psychische Probleme der Betroffene diese abweisen. Dabei seien häufig die psychischen Erkrankungen eine Folge von Long Covid.

So zeigten sich viele Problemfelder im Bereich Psychotherapie und Psychiatrie, die jedoch von der Patientenvertretung aktiv bearbeitet würden. Teilnehmende aus Bielefeld berichteten beispielsweise von der Woche der seelischen Gesundheit, in der verschiedenste Selbsthilfe- und Patientenorganisationen mitgewirkt haben, um seelische Erkrankungen gegenüber der Öffentlichkeit zu entstigmatisieren und Angehörige stärker einzubinden.

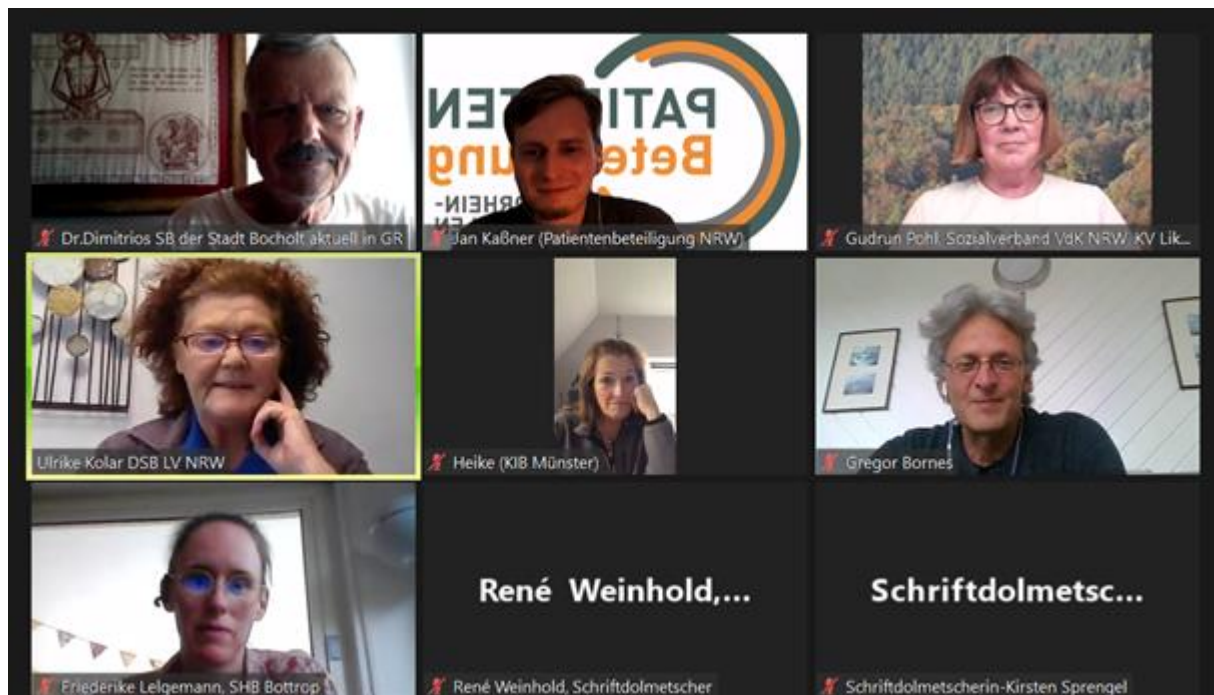
Beim Patientenforum für den Regierungsbezirk Köln kamen die Teilnehmenden auch auf das Thema Barrierefreiheit in der ambulanten Versorgung zu sprechen. Trotz vieler politischer Zusagen, die Barrierefreiheit nun anzugehen, zeige sich, dass sich niemand für das Thema richtig verantwortlich fühle. Es brauche mehr Eigeninitiative. In Köln wurde beispielsweise ein kommunaler Arbeitskreis eingerichtet; eine Teilnehmerin berichtet zudem von einer Arztpraxis, die eine Rollstuhlrampe selbstständig angefertigt habe. Patientenorganisationen könnten gemeinsam mit Politiker*innen Praxen besuchen, um ihnen zu zeigen, wo es an Barrierefreiheit fehle.



Digitales Patientenforum Köln

Man müsse folglich für die Barrierefreiheit und die Inklusion kämpfen. Die Notwendigkeit ergebe sich aktuell auch daraus, dass sich eine rechte Partei gegen Inklusionsmaßnahmen ausspreche; und die rechte Szene Inklusionseinrichtungen zunehmend bedrohe.

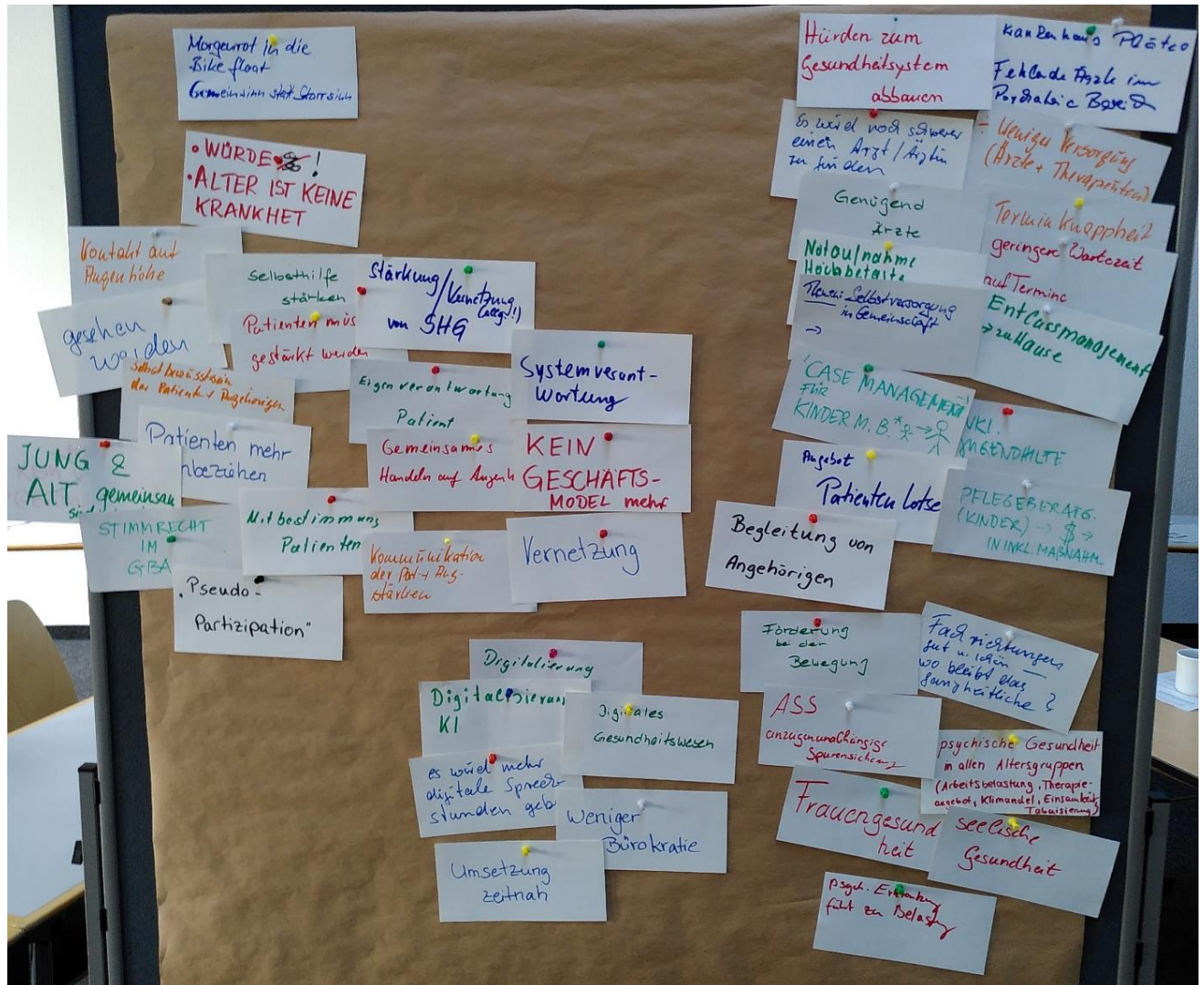
Neben der Inklusion sprach ein Teilnehmer des Patientenforums für den Regierungsbezirk Münster auch die Integration als wichtiges Handlungsfeld für das Gesundheitssystem an. Menschen mit migrantischen Perspektiven würden nicht ausreichend mit ihren Bedarfen berücksichtigt. Sie seien in der Patientenvertretung unterrepräsentiert. Die Projektstelle der Patientenbeteiligung NRW möchte selbst aktiv in der kommenden Förderperiode gegensteuern und den Kontakt zu Multiplikator*innen suchen, um angemessene Beteiligungsmöglichkeiten und Themen entsprechender Bevölkerungsgruppen zu identifizieren.



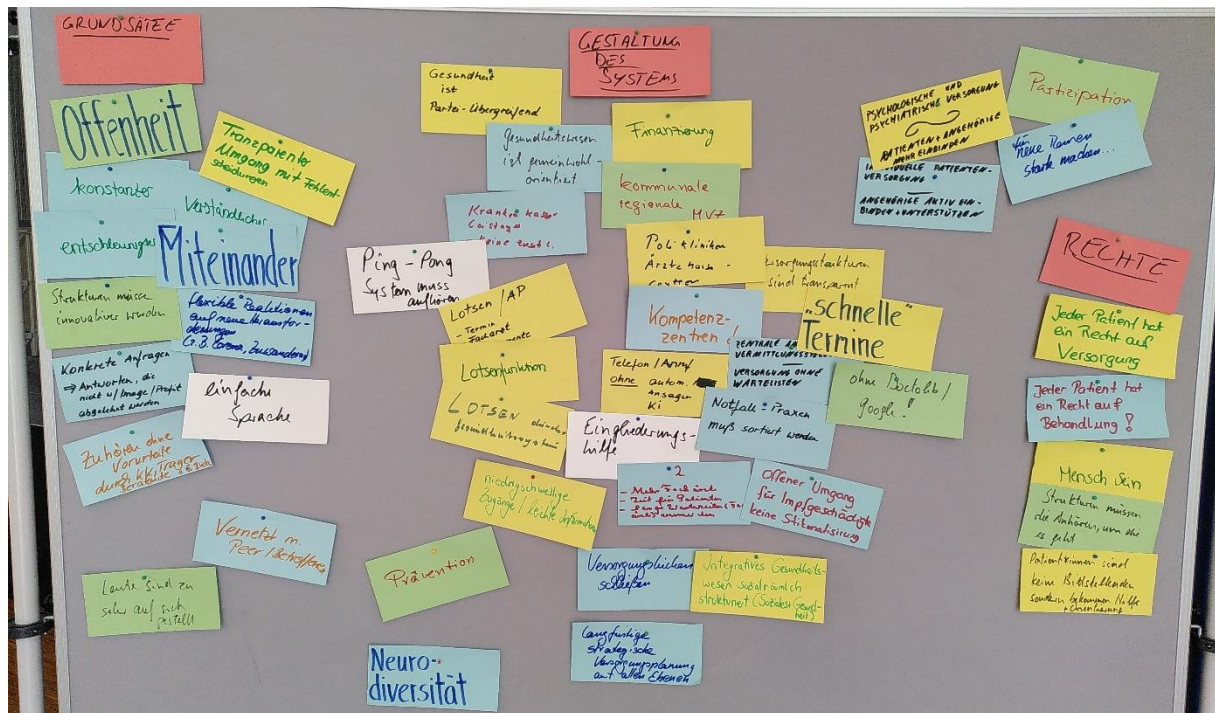
Digitales Patientenforum Münster

Anhang: Stellwände Zukunftsthemen im Gesundheitswesen

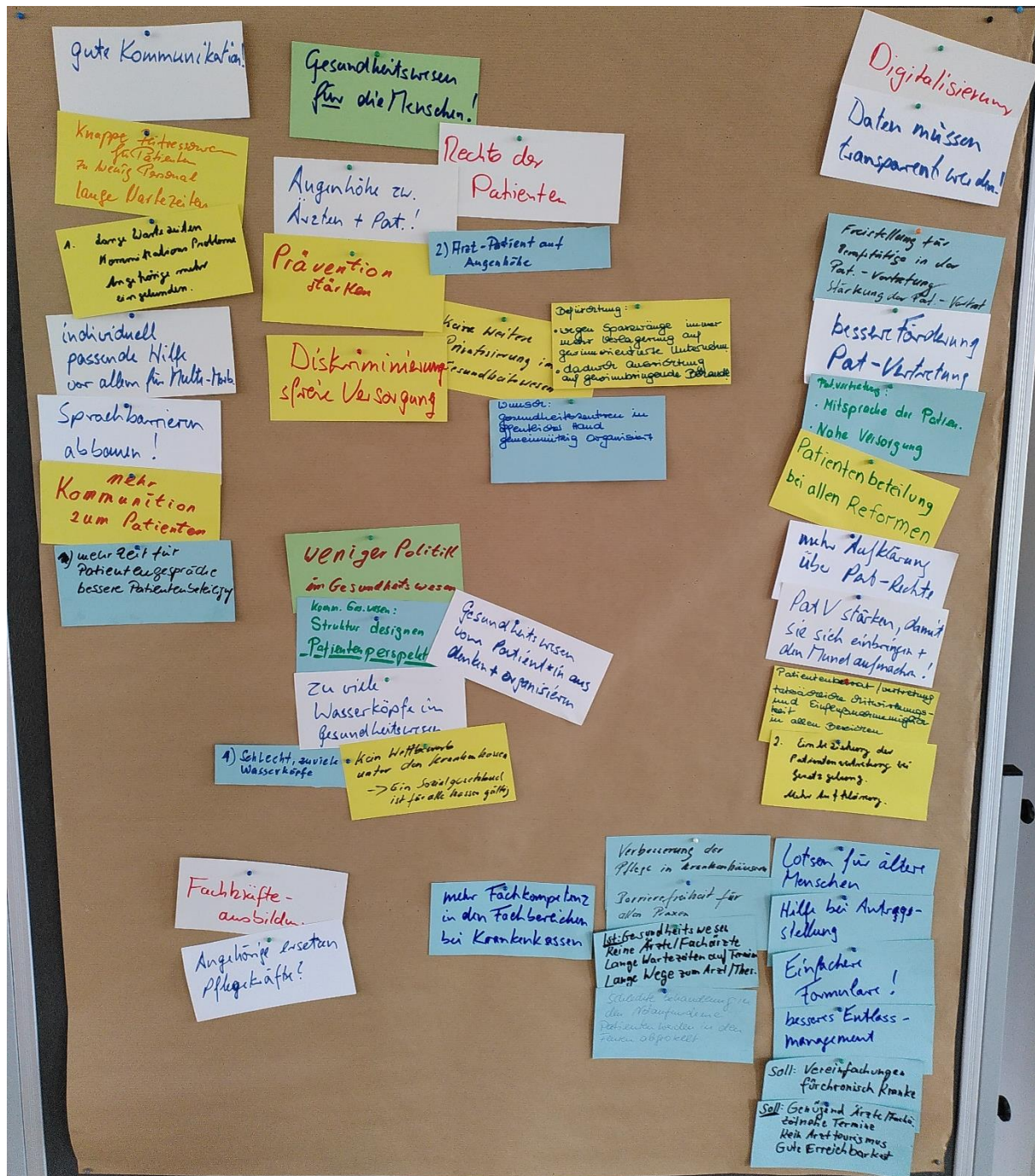
Bielefeld



Düsseldorf



Dortmund



Kontakt zur Projektstelle Patientenbeteiligung NRW

Mail: nrw@patientenbeteiligung.de

Telefon: 0221-276-29-62

Mobil: 0152-53548880

Website: www.patientenbeteiligung.de/nw